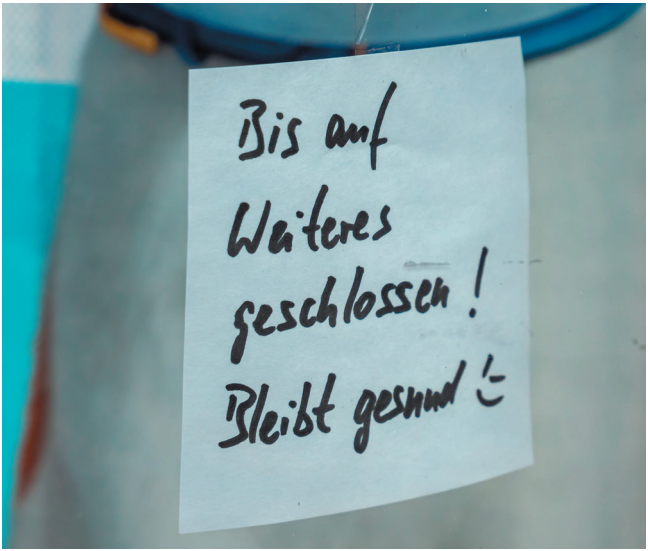
Sozial und solidarisch – auch in Corona-Zeiten

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Sozial und solidarisch – auch in Corona-Zeiten

Die Corona-Pandemie hat einschneidende Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung erforderlich gemacht. Davon sind große Teile der Bevölkerung und der Wirtschaft betroffen. In vielen Fällen haben Bundes- und Landesregierungen Hilfsmaßnahmen zur Kompensation wirtschaftlicher Negativeffekte unternommen. Es zeigt sich aber auch ein blinder Fleck: Die Armen und die Niedrigverdiener scheinen nicht im Blickwinkel der Regierenden zu liegen. Zudem legt die Corona-Krise schlagartig offen, wie verwundbar kaputtgesparte Gesellschaften sind.

Die Große Koalition hat nun ein 130 Milliarden schweres Konjunkturpaket beschlossen. Einige der Maßnahmen sind zu begrüßen, zum Beispiel der Kinder-Bonus. Aber zusätzliche Hilfen für einkommensschwache Familien oder Kinderlose mit sehr niedrigem Einkommen, ein



Pandemiezuschlag für kleine Renten und Hartz IV – alles Fehlanzeige! Stattdessen wird das Geld mit der Gießkanne auch über reiche Haushalte und profitable Unternehmen ausgeschüttet, die keine Hilfen bräuchten.

Systemrelevante Berufe stärken

Alle schauen jetzt auf diejenigen, die in »systemrelevanten« Berufen arbeiten und unser Land am Laufen halten. Dafür gibt es Applaus und Dankbarkeit. Aber die Beschäftigten, die zum Beispiel in den Supermärkten, in der Kinder-, Alten- und Krankenpflege täglich ihre Gesundheit

aufs Spiel setzen, brauchen mehr. Sie werden in der Regel besonders schlecht entlohnt, finden im Konjunkturpaket aber keinerlei Berücksichtigung. Die Linksfraktion im Bundestag will deshalb Arbeitgeber verpflichten, ihnen in der Corona-Krise einen steuerfreien Zuschuss von 25 Prozent ihres Bruttoeinkommens zu zahlen. Tarifverträge müssen in diesen unverzichtbaren Branchen endlich allgemeinverbindlich erklärt werden.

Beschäftigte in der Pflege und in nichtärztlichen Gesundheitsberufen, beispielsweise Rettungsdienste, sollen einen aus Steuern finanzierten Bonus von 1.500 Euro erhalten – unter Beteiligung der Arbeitgeber. Für Pflegekräfte mit einem besonders hohen Infektionsrisiko ist die Dauer einer Schicht schnellstmöglich auf sechs Stunden täglich zu reduzieren. Pflegende Angehörige und die häusliche

Pflege sind umfassend zu sichern. Dazu gehören frei verfügbare Budgets und der Anspruch auf Pflegezeit mit einer Lohnersatzleistung in Höhe des Elterngeldes. Alle sozialen Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen gilt es, ohne jede Einschränkung zu schützen.

Im Interesse von Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern fordert DIE LINKE. im Bundestag, das Kurzarbeitergeld auf 90 Prozent und für Beschäftigte, die Mindestlohn erhalten, auf 100 Prozent des Nettoentgelts zu erhöhen. Wir fordern einen Pandemiezuschlag von 200 Euro pro Person und Monat auf existenzsichernde Sozialleistungen wie Hartz IV oder Altersgrundsicherung.

Den Menschen Halt geben

Die Gesellschaft muss gerade in der Krise Kinder, Jugendliche und Familien besonders fördern. Die Notfallbetreuung in den Kitas sollte sich nicht allein auf die Kinder beschränken, deren Eltern in systemrelevanten Berufen arbeiten, sondern daneben auch Familien zuteil werden, die mit der Bewältigung von Problemen besonders belastet sind.

Mütter werden durch die Corona-Maßnahmen mit der Kinderbetreuung, ihrer Arbeit und den wirtschaftlichen Folgen der Krise oft alleingelassen. Besonders Alleinerziehende verdienen Schutz und staatliche Hilfen: Es braucht eine unbefristete Lohnfortzahlung, Kündigungsschutz sowie die Abschaffung aller bürokratischen Hürden zur Grundsicherung. Die Krise darf kein Rückfall in die 1950er Jahre sein – wir müssen jetzt die Weichen für eine neue gesellschaftliche Arbeitsteilung stellen. Dazu gehört auch, Entscheidungsgremien zur Krisenbewältigung paritätisch zu besetzen.

Gerade beim Homeschooling wirken sich soziale Unterschiede aus. Wir fordern eine »digitale Grundsicherung« für Kinder. Über das Bildungs- und Teilhabepaket sollen Schulkinder in armen Familien einen Zuschuss von je 500 Euro für einen Computer erhalten. Studierende, die trotz Jobverlusts keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, werden durch einen Sozialhilfefonds unterstützt.

Frauengesundheit darf auch in Pandemiezeiten nicht zur Nebensache werden: Schwangerschaftsabbrüche,

Zugang zu Verhütungsmitteln und gesundheitliche Vorsorge müssen einkommensunabhängig sichergestellt werden.

Das Hilfesystem ist seit Jahren massiv unterfinanziert, das rächt sich jetzt: Wir fordern mehr Frauenhausplätze, mehr Schutzwohnungen und ein Hilfesystem, das auch nach der Krise für Frauen da ist.

Auch Kulturschaffende leiden sehr unter der Krise. Für sie fordern wir Soforthilfen zur Absicherung ihrer Lebenshaltungskosten und beruflichen Existenz sowie einen Rettungsschirm zum Erhalt von kultureller Infrastruktur wie Kinos, Theater und Clubs.

Wir fordern, Branchen, die fortdauernd aus Infektionsschutzgründen beeinträchtigt sind, erweiterte und nicht

rückzahlbare Zuschüsse zu gewähren. Diese müssen für Solo-Selbstständige und Kleinstunternehmer auch den Lebensunterhalt über dem Grundsicherungsniveau decken und existenzbedrohte gemeinnützige Organisationen schützen, die keinen Zugang zu Krediten haben.

Die Corona-Pandemie darf keine Ausrede sein, Geflüchtete nicht aufnehmen zu müssen. Ihre Situation macht deutlich, dass sie die gleichen Rechte auf gesundheitliche Versorgung haben müssen wie alle anderen auch. Die Aufnahme von Schutzsuchenden aus Griechenland darf sich nicht auf ausgewählte unbegleitete Flüchtlingskinder oder besonders Schutzbedürftige beschränken. Der Bund darf Landesaufnahmeprogramme nicht blockieren, sondern sollte sie aktiv unterstützen. Die Verpflichtung, Menschen aus Seenot zu retten und Asylgesuche individuell in einem fairen Verfahren zu prüfen, gilt auch in Corona-Zeiten.

Der Bereich Wohnen ist durch die Corona-Krise hart betroffen. Wir wollen ein Moratorium für Mieterhöhungen, das Verbot von Zwangsräumungen und Kündigungen von Mieterinnen und Mietern in Wohnraum und Gewerbe. Der Kreis der Wohngeldberechtigten soll ausgebaut werden. Bei Corona-bedingten erheblichen Einkommensverlusten soll die Miete gesetzlich um 30 Prozent gesenkt werden. Gleichzeitig soll ein Härtefallfonds »Soziales Wohnen« Wohnungsgenossenschaften, kommunalen oder gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen und Privatvermietern über Zahlungsschwierigkeiten hinweghelfen.

Die Corona-Krise hat eine große umweltpolitische Dimension. Da zeigt sich auch, wie schnell Mittel mobilisiert werden können. Staatliche Hilfsprogramme für Unternehmen und die Ausgestaltung von Infrastruktur müssen an die Verpflichtung zu zusätzlichen Klimaschutzmaßnahmen gebunden sein, die sich an den Zielen des Bundesklimaschutzgesetzes orientieren.

Für DIE LINKE. im Bundestag ist klar: Unsere Versorgung darf nicht auf Kosten der Gesundheit und körperlichen Unversehrtheit der Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie gesichert werden. Das gilt nicht nur, aber erst recht in Krisenzeiten. Besondere pandemiebezogene Schutzmaßnahmen sind ebenso notwendig wie soziale Sicherung, faire Bezahlung zum Schutz vor Ausbeutung, regelmäßige Kontrollen durch die zuständigen Kontrollbehörden sowie Strafen für Zuwiderhandlungen der Arbeitgeber.

Viele Menschen haben lange auf eine Urlaubsreise gespart. Die Bundesregierung kann von ihnen nicht verlangen, den Unternehmen der Reisewirtschaft zwangsweise einen zinslosen Kredit zu geben. Deswegen muss die Gutscheinlösung weiterhin freiwillig bleiben.

Klar sein muss auch, dass durch Infektionsschutz gebotene Einschränkungen von Grundrechten diese nicht beseitigen. Das betrifft die individuellen Freiheitsrechte ebenso wie die Versammlungsfreiheit und den Datenschutz. Wir bestehen darauf, dass bei Güterabwägungen soziale und gesundheitliche Grundrechte immer Vorrang vor wirtschaftlichen Rechten haben müssen.

Schutzschirm für Kommunen

Einnahmen sinken, Ausgaben steigen – das ist die Corona-Bilanz für Städte und Gemeinden. Wir schlagen einen Schutzschirm für Kommunen vor. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung sieht lediglich vor, die Gewerbesteuer für die Jahre 2020 und 2021 zur Hälfte durch Bund und Länder auszugleichen.

Wir fordern zusätzlich die vorübergehende Aussetzung von Gewerbesteuerabschlagszahlungen, die Prüfung der Aussetzung der Gewerbesteuerumlage sowie einen stärkeren finanziellen Ausgleich für die aktuellen Corona-Sonderbedarfe. Weiterhin ist ein langfristig wirksamer Solidarpakt III zur Unterstützung kommunaler Investitionen notwendig.

Die von uns und der SPD geforderte Übernahme von Zins- und Tilgungspflichten über einen Altschuldenfonds ist bei den Verhandlungen in der Großen Koalition zum Konjunkturpaket am Widerstand der Union gescheitert.

Angesichts der außergewöhnlichen Notsituation ist die kurzfristige Aussetzung der Schuldenbremse eine Notwendigkeit. Sie soll mittelfristig durch eine »Goldene Regel« ersetzt werden, um öffentliche Investitionen finanzieren zu können.

Um die krisenbedingt gestiegene öffentliche Verschuldung abzubauen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken, wird nach Bewältigung der Corona-Krise eine einmalige Vermögensabgabe für Multimillionäre und Milliardäre erhoben. Vorbild ist der deutsche Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg.

Gerechtigkeit und Frieden

Die Bundesregierung hat große Hilfspakete geschnürt. Aber man bekommt den Eindruck, dass nicht diejenigen davon profitieren, die sie am meisten benötigen, sondern die Branchen, deren Lobbyisten am lautesten schreien. Milliardenhilfen gehen an Konzerne, die gleichzeitig über gigantische Rücklagen verfügen und mitten in der Krise ungerührt Millionen an superreiche Aktionäre ausschütten. Deutschland muss Dänisch lernen. Dänemark schließt Firmen von Staatshilfen aus, die in Steueroasen registriert sind, Dividenden auszahlen oder Aktien zurückkaufen. Was unser kleines Nachbarland kann, muss auch hier möglich sein.

Auf europäischer Ebene wollen wir eine kurzfristige Unterstützung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach der Corona-Pandemie durch »Corona-Anleihen« der Europäischen Investitionsbank mit langen Laufzeiten, die von der Europäischen Zentralbank erworben werden.

Mittelfristig fordern wir eine Änderung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, um die direkte Finanzierung von öffentlichen Investitionen durch die Europäische Zentralbank im Rahmen ihres Inflationsziels zu ermöglichen.

Wir fordern zusätzliche Ausgaben, insbesondere zur Stärkung der Gesundheits- und Sozialausgaben. Dass die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer in einer Zeit, in der es um viele Existenzen in Deutschland geht, 138 Kampfflugzeuge für insgesamt 18,5 Milliarden Euro anschaffen will, ist blanker Zynismus. Abrüstung und internationale Kooperation sind das Gebot der Stunde. Während der Pandemie und darüber hinaus. Wir unterstützen den Appell von UN-Generalsekretär António Guterres für einen globalen Waffenstillstand und für die Beendigung aller Wirtschaftssanktionen gegen zahlreiche Länder, wie zum Beispiel Kuba und Venezuela, die stattdessen dringend Unterstützung im Kampf gegen die Pandemie benötigen. »Wir müssen die Krankheit des Krieges beenden und die Krankheit bekämpfen, die unsere Welt verwüstet. Es ist an der Zeit, bewaffnete Konflikte zu beenden und sich gemeinsam auf den wahren Kampf unseres Lebens zu konzentrieren.«

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Jan Korte

Stand: Juni 2020
Layout/Druck: Fraktionsservice

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden!

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de

200526

www.linksfraktion.de